

NIEDERSCHRIFT

**über die 16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Beelen
am 08. Dezember 2016 im Ausschusszimmer (EG - Raum 10) des Rathauses**

Unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Elisabeth Kammann sind anwesend:

a) als stimmberechtigte Mitglieder

Rm Ludger Growe
Rm Joachim Hassa
Rm Klaus-Dieter Hainke
Rm Matthias Nüßing
Rm Ralf Pomberg
Rm Bettina Sander
Rm Paul Spliethoff
Rm Claus Ströker
Rm Robert Strübbe
Rm Helmut Suer

b) von der Verwaltung

Herr Lillteicher
Frau Petermann zu TOP I/1
Herr Rieping
Herr Middendorf
Herr Kosmann von 18.42 Uhr bis 20.45 Uhr
Herr Wisniewski, zugleich als Schriftführer

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Anmerkung:

Die Anlage 2 zu TOP I/1 entspricht unverändert der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 79/2016.
Auf nochmaligen Versand wird daher aus Kostengründen verzichtet.

Tagesordnung

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Seite</u>
I.	<u>ÖFFENTLICHE SITZUNG</u>	
1.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Gemeinde Beelen bei Einsätzen der Feuerwehr	3
2.	Finanzielle Ausrichtung der Offenen Ganztagschule	3
3.	Berufung des evangelischen Pfarrers zum beratenden Mitglied im Schulausschuss	4
4.	Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen	4-12
5.	Bericht der Bürgermeisterin	12
	1. Planungen zum Kunstrasenplatz	12
	2. Sanierung Sportlerheim	12

BM'in Kammann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Gegen die Tagesordnung zur heutigen Sitzung und die Niederschrift vom 03.11.2016 werden keine Einwendungen erhoben.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt.

I. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Gemeinde Beelen bei Einsätzen der Feuerwehr

SV 79/2016

BM'in Kammann führt kurz in den Sachverhalt ein. Herr Rieping erklärt, dass im Rahmen einer interfraktionellen Sitzung Änderungsvorschläge zu der vorliegenden Satzung gemacht wurden. So wurden die Ausbildungs- und Bewegungsfahrten nicht mehr pauschal bewertet und die Personalkosten anhand der zu erwartenden Personalkosten 2017 berücksichtigt. Diese Änderungen haben kostensenkende Auswirkungen auf die Kalkulation.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Beelen beschließt die in der Anlage 2 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Gemeinde Beelen bei Einsätzen der Feuerwehr.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

2. Finanzielle Ausrichtung der Offenen Ganztagschule

SV 97/2016

BM'in Kammann führt kurz in den Sachverhalt ein. Diese Thematik wurde ausführlich in der Sitzung des Schulausschusses beraten.

Herr Rieping weist auf den überarbeiteten Beschlussvorschlag hin, den die Mitglieder des Schulausschusses dem Rat empfohlen haben.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Beelen beschließt, für die pädagogische Arbeit der Offenen Ganztagschule für das 2. Schulhalbjahr des Schuljahres 2016/2017 einen Betrag von 6.500 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

3. Berufung des evangelischen Pfarrers zum beratenden Mitglied im Schulausschuss

SV 106/2016

BM'in Kammann führt kurz in den Sachverhalt ein.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Herr Pfarrer Cornelius Bury wird als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Schulausschuss der Gemeinde Beelen berufen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

4. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen

SV 113/2016

BM'in Kammann erklärt, dass die Fachausschüsse bereits über den Haushaltsentwurf beraten haben. In gewohnter Manier wird nun Herr Lillteicher durch den Haushalt leiten.

Herr Lillteicher weist zunächst darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss grundsätzlich für alle Produkte zuständig ist. Bis auf die beschlossenen Änderungen aus dem Kultur- und Sozialausschuss sind alle Änderungen aus den Fachausschüssen in der Sitzungsvorlage berücksichtigt. Anschließend werden alle Produkte der Reihe nach behandelt

01.01.01 Politische Gremien und Verwaltungsführung

Herr Lillteicher erklärt, dass aufgrund einer Änderung der Entschädigungsverordnung ab dem 01.01.2017 die bisher geplanten Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Ausschussvorsitzende angepasst werden müssen. Der bisherige Ansatz wird von 47.356 € auf 53.755 € erhöht.

Rm Growe fragt nach, ob bei der Entschädigung für Ausschussvorsitzende auch eine Verzichtserklärung möglich ist. Herr Lillteicher erklärt, dass dies erst nach Inkrafttreten der Verordnung möglich ist. Er gibt jedoch zu bedenken, dass durch die Erhöhung der Aufwandsentschädigung das Ehrenamt gestärkt werden soll. Anfang nächsten Jahres sollte sich die Politik mit dieser Thematik beschäftigen.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Änderungsvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

Anschließend beantragt BM'in Kammann die Sitzung zu unterbrechen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

BM'in Kammann unterbricht die Sitzung um 18.15 Uhr.

BM'in Kammann führt die Sitzung um 18.24 Uhr fort.

01.03.02 Bauhof

Rm Pomberg fragt nach, ob die Folierung der Bauhoffahrzeuge in diesem Umfang notwendig sei. Er hält die gewünschte Folierung für überzogen und beantragt, den Ansatz im Ergebnisplan in der Teilposition 13 von 40.500 € in 2017 auf 30.000 € zu reduzieren. Herr Middendorf erklärt, dass nach Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindebund die Gemeindeverwaltung sogar gesetzlich dazu verpflichtet sei, die Bauhoffahrzeuge so, wie vorgeschlagen zu folieren. Sollte sich die Politik gegen die vorgeschlagene Folierung entscheiden, könnte er die Sicherheit der Bauhofmitarbeiter bei Tätigkeiten auf oder an befahrenen Straßen nicht mehr verantworten.

Rm Hassa bittet um einen kreisweiten Vergleich mit anderen Bauhöfen. Solange dieser Vergleich noch nicht vorläge, kann er einer Kürzung so nicht zustimmen.

Rm Nüssing fügt hinzu, dass bereits in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses Herr Middendorf und Herr Brandes auf die gesetzlichen Vorschriften hingewiesen haben, die eine andere Vorgehensweise, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, gar nicht zulassen.

BM'in Kammann schlägt vor, den Haushaltsansatz zunächst so zu belassen. Der Umfang der Folierung wird in einem kreisweiten Vergleich mit anderen Bauhöfen geprüft.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag, den Ansatz für die Folierung der Bauhoffahrzeuge zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**1 Ja-Stimme
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

01.08.01 Gebäudemanagement

Rm Growe fragt nach, wie der Haushaltsansatz für die Sanierung der Hofanlage Hövener ermittelt wurde. Herr Kosmann erklärt, dass es sich hier um geschätzte Kosten handelt, da noch nicht absehbar ist, wie hoch der Reparaturbedarf auf der Hofstelle Hövener sein wird.

Rm Pomberg fragt nach, was bei der Sanierung des Vordaches der Axtbachhalle durchgeführt wird. Herr Kosmann erklärt, dass die Farbe abgetragen wird und ein transparenter Anstrich erfolgt. Rm Pomberg beantragt daraufhin, den Ansatz für die geplante Maßnahme in Höhe von 5.500 € zu streichen. Rm Hassa fügt hinzu, dass es ausreicht, die Farbe von den Blechen abzutragen. Er rät davon ab, die Bleche neu zu beschichten.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag, den Ansatz für die Sanierung der Vordacheingänge der Axtbachhalle in Höhe von 5.500 € zu streichen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
5 Enthaltungen**

01.08.02 Grundstücksmanagement

Herr Lillteicher erklärt, dass aus den Fraktionen um Erläuterung über die Ermittlung der Grundstückspreise gebeten wurde.

Herr Middendorf erklärt, dass eine exakte Kalkulation nicht vorliegt. Daher wurde die Preisermittlung anhand der vorherigen Grundstücke vorgenommen.

Rm Growe erklärt, dass im Bau- und Planungsausschuss die Erhöhung der Erschließungsbeiträge beschlossen wurde. Er fragt nach, ob nicht auch noch die Grundstückserlöse angepasst werden müssten. Herr Middendorf gibt weitere Erläuterungen hierzu und erklärt, dass der Ansatz für Grundstückserlöse ebenfalls erhöht werden muss.

Rm Pomberg beantragt, den Ansatz für die Veräußerung von Baugrundstücken auf 500.000 € zu erhöhen.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag, den Ansatz „Erlöse aus der Veräußerung von Baugrundstücken“ von 346.626 € auf 500.000 € zu erhöhen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

02.01.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Herr Rieping erklärt, dass der Haushaltsansatz für die Unterbringung von Katzen aufgrund einer Mitteilung des Mammuttierheims in Ahlen beruht, in der die Pauschale für die Aufnahme von Katzen mit 0,50 € pro Einwohner berechnet wurde. Wegen einer Einwendung der Stadt Ahlen wurde nun festgelegt, dass kleinere Kommunen nur einen Beitrag von 0,30 € pro Einwohner zu zahlen haben. Somit kann der bisherige Ansatz gekürzt werden.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag den Ansatz für die Unterbringung von Katzen durchgehend von 3.140 € auf 1.900 € zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

02.05.01 Brand-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Herr Rieping erläutert kurz die Kostenermittlung für die Beschaffung von 9 Rückflussverhinderern.

Rm Pomberg erklärt, dass aufgrund eines neuen Regelwerkes die Kommunen nicht sofort alle Rückflussverhinderer austauschen müssen, da diese unter Bestandsschutz fallen. Erst wenn alte Geräte abgängig sind, müssen neue beschafft werden.

Rm Growe schlägt vor, den Ansatz zu belassen und eventuell bereits neue Geräte auf Vorrat zu kaufen.

Herr Lillteicher rät dazu, den Ansatz zu streichen, da dadurch der Ergebnisplan verbessert würde. Sollten im nächsten Jahr dennoch Rückflussverhinderer beschafft werden müssen, werden die finanziellen Mittel überplanmäßig bereitgestellt. Rm Growe stellt den Antrag, den Ansatz zu streichen.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag den Haushaltsansatz für die Beschaffung von 9 Rückflussverhinderern in Höhe von 2.970 € zu streichen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Rm Strübbe erklärt, dass der in 2016 geplante Löschwasserteich offensichtlich nicht mehr realisiert werden kann. Er fragt nach, wann und wo der Löschwasserteich gebaut wird.

Herr Rieping erklärt, dass im Rahmen der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplan mit dem Gutachter zusammen festgelegt wird, wo der beste Platz für die Errichtung des Teiches ist.

04.01.01 Kulturförderung, Heimatpflege

Rm Pomberg erklärt, dass der Ansatz „Zuschüsse an Heimatverbände und -vereine“ von 3.600 € auf 6.000 € erhöht wurde. Die finanzielle Unterstützung der Vereine und Verbände durch die Gemeinde wird von Rm Pomberg grundsätzlich begrüßt. Nur sollte man in Zeiten knapper Kassen auch bei der Unterstützung etwas Maß halten. Daher beantragt Rm Pomberg, den Ansatz von 6.000 € auf 3.600 € zu reduzieren.

Rm Hassa gibt zu bedenken, dass zur Verfügung stehende Mittel nicht zwangsläufig ausgeschüttet werden müssen.

Rm Strübbe erklärt, dass dieser Haushaltsansatz bereits über Jahre, trotz Kostensteigerungen, nicht angepasst wurde. Die Vereine und Verbände leisten sehr gute Arbeit und bieten viele gute Angebote an. Sie sind wichtig für die Gemeinde und deshalb sollte an der Erhöhung des Ansatzes festgehalten werden.

Die Ratsmitglieder Spliethoff und Sander stimmen Rm Strübbe zu.

Rm Pomberg zieht seinen Antrag auf Reduzierung zurück.

06.02.01 Förderung der Jugendarbeit, Jugendzentrum

Herr Rieping erklärt, dass die Gemeinde Beelen wahrscheinlich in 2017 keine Bezuschussung mehr vom Landesjugendamt für die Durchführung von Projekten erhält. Das Landesjugendamt fördert Einzelprojekte, die eine Bagatellegrenze von mindestens 13.000 € übersteigen müssen und in einem zeitlich befristeten Rahmen durchgeführt werden. Bisher konnte die Gemeinde Beelen viele kleinere Projekte in einer Summe abrechnen, um über diese Bagatellegrenze zu kommen. Jedoch hat das Landesjugendamt signalisiert, dieses Vorgehen nicht mehr zu akzeptieren. Die Gemeinde verfügt leider nicht über die personellen Ressourcen, um solche großen Projekte umzusetzen. BM'in Kammann schlägt daher vor, für den Jugendtreff für das Jahr 2017 25.000 € zur Verfügung zu stellen, damit auch weiterhin kleinere Projekte durchgeführt werden können. Mittelfristig soll ein Verein gegründet werden, der sich um die Projektförderung kümmert. Der Zuschuss des Landesjugendamtes soll im Haushaltsplan auf 0 € reduziert werden.

Rm Strübbe kann das Vorgehen des Landesjugendamtes nicht nachvollziehen. Die Arbeit in kleinen Kommunen ist mindestens genauso gut, wie in großen Städten. Er unterstützt den Vorschlag, den Jugendtreff mit einem gemeindlichen Zuschuss zu unterstützen.

Rm Growe fügt hinzu, dass somit wieder einmal der ländliche Raum benachteiligt wird.

Rm Strübbe regt an, dass ein Schreiben des Rates an das Landesjugendamt gefertigt wird, in dem der Unmut und das Unverständnis der Politik zum Ausdruck gebracht werden.

Herr Lillteicher schlägt vor, die Honorarkosten auf 19.000 € zu erhöhen.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag, den Haushaltsansatz „Zuschuss des Landesjugendamtes“ durchgehend auf 0 € zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Vorschlag, den Haushaltsansatz „Honorarkosten für die Jugendarbeit“ durchgehend auf 19.000 € zu erhöhen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

08.01.02 Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen

Herr Lillteicher erklärt, dass sich die Ansätze für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes und der Eigenanteil des Sportvereins zeitlich verschoben haben. In der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses wurde ebenfalls beschlossen, die bisherigen Haushaltsansätze zur Errichtung des Kunstrasenplatzes von 2019 und 2020 zu streichen und dafür einen Ansatz in Höhe von 550.000 € in 2018 bereitzustellen. Der Ansatz für den Eigenanteil von Blau-Weiß Beelen für das Jahr 2020 in Höhe von 136.400 € wurde gestrichen. Der Eigenanteil wurde dafür für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 120.000 € berücksichtigt.

Rm Pomberg fragt nach, ob der Eigenanteil erhöht wird, falls die Baukosten ebenfalls steigen sollten.

Rm Hassa erklärt, dass es noch keine konkreten Planungen für die Errichtung des Kunstrasenplatzes gibt. Eventuell können die geplanten Kosten auch noch reduziert werden.

Rm Growe begrüßt es, dass die Errichtung des Kunstrasenplatzes in das Jahr 2018 vorgezogen wurde. Damit wird ein Zeichen gesetzt und gleichzeitig die Forderung an den Sportverein, die Planungen voranzutreiben. Falls der Bau in 2018 nicht realisiert werden kann, sollten die Mittel in das Folgejahr übertragen werden. Anschließend sollte über den Eigenanteil des Sportvereins diskutiert werden.

Rm Sander empfindet die Bereitstellung der Mittel für das Jahr 2018 für verfrüht. Zunächst sollte der Sportverein eine konkrete Planung und Kostenkalkulation vorstellen.

Rm Nüssing erklärt, dass die Bereitstellung der Mittel der richtige Weg sei. Die Kosten sind von fachkundigen Personen ermittelt worden.

Rm Strübbe erklärt, dass für den Bau des Kunstrasenplatzes weder Kredite aufgenommen werden dürfen, noch darf es zu Steuererhöhungen kommen. Das Geld muss ohne diese Maßnahmen im Haushalt zur Verfügung stehen.

Rm Spliethoff merkt an, dass neben den Kosten für den Bau auch Finanzmittel für die Pflege des Platzes berücksichtigt werden müssen.

Rm Nüssing erwidert, dass im Konzept zum Bau des Kunstrasenplatzes bereits alles berücksichtigt wurde.

Rm Pomberg fragt nach, ob eine weitere Position für die Pflege des Platzes im Haushalt aufgenommen werden muss. Herr Lillteicher erklärt, dass zunächst die weiteren Planungen abgewartet werden sollten.

09.01.01 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation

Rm Pomberg erklärt, dass aus seiner Sicht die Planungskosten für 2017 zu hoch sind. Viele Planungen aus 2016 sind noch nicht umgesetzt worden. Die Kosten hierfür könnten in das nächste Jahr übertragen werden. Er stellt zudem in Frage, ob die geplanten Maßnahmen überhaupt alle in 2017 realisiert werden können.

Rm Hassa erklärt, dass das Maßnahmenpaket zwar sehr ambitioniert sei, aber die Verwaltung diese Maßnahmen nicht im Haushalt veranschlagt hätte, wenn sie nicht zuversichtlich ist, diese auch im Haushaltsjahr 2017 umzusetzen. Aus diesem Grunde schlägt er vor, den Haushaltsansatz in der Höhe zu belassen.

11.01.01 Abfallbeseitigung und –entsorgung

Herr Lillteicher erklärt, dass die Abfallbeseitigung neu ausgeschrieben werden muss. Es wird verwaltungsseits vorgeschlagen, für das Ausschreibungsverfahren einen Ansatz in Höhe von 7.500 € zu bilden.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Vorschlag, einen Haushaltsansatz für die Ausschreibung der Abfallbeseitigung in Höhe von 7.500 € einzustellen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

12.01.01 Bau/Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und Verkehrsanlagen

Herr Lillteicher erklärt, dass die Bezeichnung auf der Seite 159 „Herstellung von Parkplätzen“ gestrichen wird. Hierfür wird die Bezeichnung „Erschließung des Gewerbegebietes“ eingefügt. Zudem wird verwaltungsseits vorgeschlagen, den Haushaltsansatz von 373.000 € auf 200.000 € zu reduzieren.

Rm Pomberg fragt nach, wie sich der Haushaltsansatz zusammensetzt.

BM'in Kammann erklärt, dass u.a. eine Zuwegung zu einer Fläche im Gewerbegebiet erschlossen werden soll.

Rm Hassa fügt hinzu, dass die eingestellten Mittel für die weitere Erschließung des Gewerbegebietes gut angelegt sind.

Anschließend lässt BM'in Kammann über den Vorschlag abstimmen, den Haushaltsansatz für die „Erschließung des Gewerbegebietes“ von 373.000 € auf 200.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

13.01.01 Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz

Rm Strübbe fragt nach, wann die für 2016 geplante Maßnahme „Sohlabsturz Axtbach“ realisiert wird.

BM'in Kammann erklärt, dass die Gemeinde auf weitere Partner angewiesen ist. Daher wird diese Maßnahme auf 2017 verschoben.

15.01.01 Wirtschaftsförderung und Tourismus

Herr Lillteicher gibt Erläuterungen, wie der Eigenanteil der Kommune zum Breitbandausbau im Haushalt abgebildet werden muss. Verwaltungsseits wird daher vorgeschlagen, die Aufwendungen für den Breitbandausbau (Erfolgsplan Zeile 13) von 2017 bis 2019 auf 0 € zu reduzieren. Dafür wird in Zeile 16 eine neue Position „Auflösung aktiver Rechnungsabgrenzungsposten“ wie folgt veranschlagt: 2018 = 6.116 €, 2019 = 22.942 €, 2020 = 52.001 €. Zudem werden für den Breitbandausbau folgende sonstige Investitionsauszahlungen im Finanzplan (Zeile 29) veranschlagt: 2017 = 42.815 €, 2018 = 117.781 €, 2019 = 160.595 €.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann

- über den Vorschlag einen Haushaltsansatz für den Breitbandausbau im Erfolgsplan auf 0 € zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

- über den Vorschlag eine neue Position (ARAP) mit den zuvor benannten Ansätzen einzufügen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

- über den Vorschlag für den Breitbandausbau Investitionsauszahlungen im Finanzplan mit den zuvor benannten Ansätzen einzufügen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Herr Lillteicher schlägt vor, die Ansätze für die Eigenanteile zu VITAL.NRW durchgehend von 2.692 € auf 2.303 € zu reduzieren. Die Gesamteigenbeteiligung wurde um ein Jahr verlängert, so dass sich die jährlichen Beträge verringert haben.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Vorschlag, den Haushaltsansatz „kommunaler Eigenanteil VITAL.NRW“ in Höhe von 2.692 € auf durchgehend 2.303 € zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

16.01.01 Steuern und Abgaben

Rm Growe stellt den Antrag, die Hebesätze für die Grundsteuer A und die Grundsteuer B nicht zu erhöhen.

Rm Pomberg erklärt, dass auch die SPD-Fraktion gegen eine Steuererhöhung ist. Es wäre der Bevölkerung nicht erklärbar, warum die Grundsteuern, aber nicht die Gewerbesteuer erhöht wird.

Rm Spliethoff gibt zu bedenken, dass sich die Politik auch dann zu erklären hat, wenn richtig gespart werden muss, weil man zu spät die Einnahmequelle der Gemeinde angepasst hat.

Rm Hassa erklärt, dass die Gemeinde Beelen weit weg von Hebesätzen anderer Kommunen sei.

Rm Growe erklärt, dass sich die Gemeinde einen Verzicht auf Steuererhöhungen im nächsten Jahr noch erlauben könne. Mittelfristig wird man jedoch auch in Beelen die Steuern anpassen müssen.

Rm Strübbe fügt hinzu, dass ein Verzicht auf Steuererhöhungen ein positives Signal an Bürger und Gewerbetreibende ist.

BM'in erklärt, dass ihr bei der Einbringung des Haushaltes der Vorschlag der Steuererhöhung bereits sehr schwer gefallen sei. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass wenn sich die Spirale weiter dreht, irgendwann die Gefahr einer exorbitanten Steuererhöhung besteht.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Antrag, die Hebesätze für die Grundsteuer A und B nicht zu erhöhen, abstimmen. Zudem sollen die Erträge aus der Grundsteuer A auf 71.315 € und der Grundsteuer B auf 917.800 € reduziert werden.

Abstimmungsergebnis:

**8 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

16.01.02 Allgemeine Finanzwirtschaft

Herr Lillteicher erläutert kurz, dass der Hebesatz der Kreisumlage seit der Einbringung des Haushaltes reduziert wurde. Dementsprechend müssen die Ansätze angepasst werden.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über die Änderung der Haushaltsansätze für die „allgemeine Kreisumlage“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Herr Lillteicher erklärt weiter, dass aufgrund der Ankündigung des Innenministers, den Fonds deutscher Einheit in 2019 auslaufen zu lassen, der Ansatz für 2020 auf 0 € reduziert werden kann.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Vorschlag, den Haushaltsansatz für den „Fonds Deutsche Einheit“ in 2020 auf 0 € zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Anschließend erläutert Herr Lillteicher die Problematik der Übertragung von Krediten des Abwasserwerkes auf die TEO AöR. Die Zinsen und Tilgungen zweier Kredite der KfW Bankengruppe müssen weiterhin über die Gemeinde Beelen abgewickelt werden. Daher wird verwaltungsseits vorgeschlagen, die Ansätze für Zinsen, Zinserstattungen, Kredite und Erstattung der Kredittilgungen entsprechend anzupassen.

Da es keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, lässt BM'in Kammann über den Vorschlag die Ansätze für Zinsen, Zinserstattungen, Kredite und Erstattung der Kredittilgungen entsprechend der beigefügten Änderungsliste anzupassen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Herr Lillteicher weist darauf hin, dass in den Folgejahren Haushaltsmittel für leistungsorientierte Bezahlung für Beamte berücksichtigt worden sind. Nur, wenn solche Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen, dürfen diese auch an Beamte ausgezahlt werden.

Da kein weiterer Beratungsbedarf besteht, lässt BM'in Kammann über den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Haushaltssatzung 2017 nebst Anlagen abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2017 mit ihren Anlagen unter Berücksichtigung der zuvor aufgeführten sowie selbst beschlossenen Änderungen zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig -

Herr Lillteicher erklärt zum weiteren Verfahren, dass aufgrund der Masse der Änderungen es nicht möglich sei, die Vorlage für die Sitzung des Rates entsprechend anzupassen. Er wird die Änderungsliste per E-Mail spätestens bis zum 12.12.2016 an die Ratsmitglieder versenden.

5. Bericht der Bürgermeisterin

1. Planungen zum Kunstrasenplatz

BM'in berichtet, dass am 20.12.2016 eine Besprechung zwischen Verwaltung, dem Sportverein Blau-Weiß Beelen und dem Planungsbüro zwecks weiterer Planungen zum Kunstrasenplatz stattfinden wird.

2. Sanierung Sportlerheim

BM'in Kammann berichtet, dass die Sanierungsarbeiten am Sportlerheim am 12.12.2016 beginnen werden.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es ergeben sich keine Anfragen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20.45 Uhr